

NRO / NGOs –

Politisches Korrektiv auf Seiten der Verbraucher?

„Greenpeace“ kämpft für den nachhaltigen Erhalt von Natur und Umwelt, „amnesty international“ setzt sich für die Menschenrechte ein und „foodwatch“ kämpft für das Recht der Verbraucher auf sicheres und gutes Essen – in einer globalisierten Welt gestalten private und internationale Bürgerinitiativen das Weltgeschehen entscheidend mit. Nichtregierungsorganisationen (NGOs) gelten als die globalen und nationalen Störenfriede gegenüber dem Handeln von mächtigen Weltkonzernen und Regierungen. In welchen Bereichen handeln NGOs und wie groß ist ihr Einfluss auf politischer und wirtschaftlicher Ebene?

Bekannte internationale und nationale NGOs



M1: Was ist eine Nichtregierungsorganisation?

Nichtregierungsorganisationen (NROs) oder im Englischen Non-Governmental Organisations (NGOs) sind private Gruppen, Vereine oder Verbände, die unabhängig von Regierungen und staatlichen Einrichtungen sind. Auch wenn jede NGO einen besonderen Schwerpunkt vertritt, so ist allen Bürgerinitiativen gemeinsam, dass sie sich national oder weltweit für das Gemeinwohl engagieren und nicht gewinnorientiert handeln. Typische Themenfelder der NGOs sind Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, Gesundheit, Umwelt, Natur, Rechte für Frauen, Ernährung, Kleidung oder Tierschutz. Aufgrund ihrer staatlichen Unabhängigkeit genießen NGOs in der Regel großes Vertrauen in der Bevölkerung und in den Medien. Sie gelten als Mahner für ökologische, ökonomische und soziale Missstände und als Sprachrohr für Bevölkerungsgruppen, die auf politischer Ebene sonst kein Gehör finden. Doch auch Regierungen pflegen den Kontakt zu NGOs, da sie einen direkteren Zugang zu den Menschen haben und ein beträchtliches Wissen in ihrem Spezialgebiet vorweisen können. Zudem verfügen sie beispielsweise in der Entwicklungshilfe über eingespielte Strukturen in Krisengebieten, zu denen Regierungseinrichtungen aus politischen Gründen oftmals keinen Zugang erhalten.

(Text basiert auf: www.bmz.de/de/was_wir_machen/wege/bilaterale_ez/akteure_ez/nros/index.html)

M2: NGOs müssen demokratisch strukturiert sein

Sie müssen von Bürgerinnen und Bürgern mit gleichen Interessen und gemeinsamen Zielen gegründet worden und demokratisch strukturiert sein; dementsprechend müssen ihre Vorstände gewählt werden. Außerdem darf die wirtschaftliche Tätigkeit von NGOs, die zur Erreichung der Vereinsziele nötig ist, nicht gewinnorientiert sein.

Internationale NGOs müssen auf private Initiative gegründet worden sein, unabhängig – vor allem von staatlicher Einflussnahme – sein, eine internationale Mitgliedschaft vorweisen, ihre finanziellen Mittel aus mindestens drei Ländern beziehen, in mindestens drei Staaten tätig sein, über einen Wahlmechanismus für das Leistungsgremium verfügen sowie einen Hauptsitz und einen festen Mitarbeiterstab nachweisen.

(Quelle: NRO / NGOs | RESET.org)

M3: Für das Gemeinwohl aller Bürger

NGOs fördern die Transparenz internationaler Verhandlungen und erweitern im Prozess der Globalisierung den Radius der politischen Interessenvertretung. NGOs stellen ein gesellschaftliches Gegengewicht dar und nehmen eine Protestposition ein. Gleichzeitig tragen NGOs zur Internalisierung neuer Moralvorstellungen, von Werten und Normen in das internationale System sowie zur Stärkung des UN-Systems bei. Sie berufen sich bei ihren Aktivitäten darauf, globale Menschheitsinteressen zu vertreten (...). Zweifelsohne haben NGOs nicht nur durch Lobbying, sondern auch durch ihre Öffentlichkeitsarbeit (Kampagnen, Proteste und Aktionen) erreicht, dass den Konferenzen eine erhebliche öffentliche Aufmerksamkeit zu Teil wurde.

(Quelle: library.fes.de/pdf-files/akademie/online/50346-2011.pdf)

M4: Unabhängigkeit: Auch eine Frage der Finanzierung

Nichtregierungsorganisationen finanzieren sich meist durch Beiträge der Mitglieder und Spenden. Größere NGOs können Jahresbudgets von mehreren Millionen Euro aufweisen. Greenpeace beispielsweise hat 2010 eine Summe von 226 Millionen Euro von seinen Unterstützern weltweit bekommen. Mit diesen

Geldern werden Kampagnen und Projekte finanziert, aber auch die Mitarbeiter. Firmen- oder Regierungsspenden nimmt z. B. Greenpeace prinzipiell nicht an. Andere NGOs werden auch aus staatlichen Mitteln gefördert – Oxfam erhält Zuschüsse von verschiedenen Institutionen, etwa von der EU, der UN und von Regierungen unterschiedlicher Länder. Oxfams Jahresbudget für 2010/2011 betrug insgesamt 159 Millionen Euro.

(Quelle: reset.org/knowledge/nro-ngos)

M5: Kritik – auch NGOs müssen hinterfragt werden

Auch wenn NGOs keiner politischen Partei zuzuordnen sind und sie für sich in Anspruch nehmen, allgemeine und universelle Gesellschaftsinteressen zu vertreten, gibt es dennoch Kritik an einer zu starken Stellung der NGOs: So kann die fehlende öffentliche Legitimation transnationaler Politik nicht durch NGOs ausgeglichen werden, da diese ebenfalls nicht demokratisch legitimiert sind. Selbst die NGOs, die sich für mehr Demokratie auf globaler Ebene einsetzen, sind nicht gewählt und damit nicht ermächtigt, im Namen des Volkes zu agieren. Zudem sind NGOs auch intern nicht immer demokratisch strukturiert und ihre Spendenabhängigkeit kann darüber hinaus in Widerspruch zu ihrer Glaubwürdigkeit stehen.

(Quelle: [www.bpb.de/wissen/3UD6BP,0,0,NichtRegierungsorganisationen_\(NGOs\).html](http://www.bpb.de/wissen/3UD6BP,0,0,NichtRegierungsorganisationen_(NGOs).html))

M6: Schmusekurs und Repression

Weltweit ist zu beobachten, dass Regierungen und internationale Institutionen wie IWF (Internationaler Währungsfonds), Weltbank oder WTO (World Trade Organisation) unterschiedlich mit NGOs umgehen. Mit einer „Offensive des Lächelns“ werden die Bewegungen von Regierungen und internationalen zwischenstaatlichen Organisationen als Gesprächspartner akzeptiert. Der IWF und die Weltbank haben den Austausch mit NGOs mittlerweile institutionalisiert. Das heißt allerdings noch lange

nicht, dass der Einfluss von NGOs auf konkrete politische Entscheidungen sich tatsächlich erhöht hat. Die „radikaleren“ und aktiveren Bewegungen (z. B. Greenpeace-Aktivisten) werden auch heute häufig ausgegrenzt und im schlimmsten Fall kriminalisiert – unter anderem von Regierungen in Osteuropa. Dort, wo sie sich direkt mit konkreten Interessen anlegen, bekommen sie staatliche Repression sofort zu spüren. Wer zum Beispiel ein konkretes Entwicklungsprojekt wie die Erdölerschließung im Tschad oder ein Staudammprojekt in Indien verzögern oder gar verhindern will, ist mitunter gar Bedrohungen durch staatliche Apparate ausgesetzt.

Quelle: www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download_de/weltweit/ngo_unmuessig.pdf

M7: NGOs stoßen an ihre Grenzen

Aus Protest gegen den schleppenden Fortgang der Verhandlungen auf dem Weltklimagipfel in Warschau im November 2013 sind Umweltorganisationen aus dem Tagungszentrum ausgezogen. Die polnische Regierung habe als Gastgeber versagt und lasse sich, wie viele andere Industriestaaten, von den Interessen der Kohle- und Ölindustrie leiten, erklärten die Nichtregierungsorganisationen. (...) „In Warschau fehlt jeglicher politischer Wille, um eine effektive Lösung für die globale Klimakrise zu finden“, sagte Denise Loga vom WWF Deutschland. Es gehe „rückwärts und nicht vorwärts“, klagte Martin Kaiser von Greenpeace. (...) Auch Oxfam, der BUND, Friends of the Earth und die internationale Gewerkschaftsorganisation gehörten zu den Initiatoren dieses auf Klimagipfeln einmaligen Auszugs Hunderter Teilnehmer.

(Quelle: www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/un-konferenz-umweltorganisationen-verlassen-den-klima-gipfel-12674886.html, 21.11.2013)

Aufgaben:

1. **Definieren** Sie den Begriff „Nichtregierungsorganisation“ bzw. „Non-Governmental Organisation“ (M1) und **stellen** Sie dabei die wesentlichen Merkmale, Ziele und Vorgehensweisen von NGOs **heraus** (M2, M3, M4).
2. **Beschreiben** Sie, welche Kriterien erfüllt sein müssen, damit eine Bürgerinitiative als NGO eingestuft werden kann (M2) und **benennen** Sie mögliche kritische Einwände, die gegen NGOs erhoben werden könnten (M4, M5).
3. **Analysieren** Sie die Möglichkeiten und Grenzen der politischen und gesellschaftlichen Einflussnahme von NGOs (M6, M7). **Begründen** Sie ihre Einschätzung. Wie können NGOs gegen staatliche Repressionen vorgehen?
4. **Diskutieren** Sie im Plenum über den Ausstieg wichtiger NGOs beim Warschauer Klimagipfel 2013: richtig oder falsch? **Arbeiten** Sie dazu zunächst Pro- und Contra-Argumente **heraus**, begründen Sie dann Ihren Standpunkt. **Beziehen** Sie in Ihre Überlegungen auch mit **ein**, wessen Interessen NGOs durch ihre Aktivitäten vertreten (M6, M7).

(Für mehr Informationen zum Thema recherchieren Sie im Internet unter:

www.zeit.de/wirtschaft/2013-11/klimagipfel-protest-boykott

www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/un-konferenz-umweltorganisationen-verlassen-den-klima-gipfel-12674886.html?)